



Transkript

ORF 2 „Treffpunkt Kultur“

23. Jänner 2006

Thema: Klimt Bilder. Kauf oder Rückgabe. Interview mit Dr. Hannes Androsch.

REDAKTION:

Ich begrüße jetzt Hannes Androsch bei mir im Studio. Herzlich Willkommen.

DR. HANNES ANDROSCH:

Guten Abend.

REDAKTION:

Gestern hat Altbürgermeister Zilk die Idee eines hundertjährigen Bankkredits in der Sendung „Offen gesagt“ ventiliert – ein Kredit an die Republik. Sie waren Politiker und Banker. Für Sie persönlich: hält so ein Konstrukt, kann so etwas funktionieren?

DR. HANNES ANDROSCH:

Immerhin war ich elf Jahre Finanzminister, in der Zeit ist zum Beispiel ohne Restitutionsberechtigung das Beethoven-Fries von Klimt aus Genf wieder zurückgekauft worden und ist heute in der Secession zu besichtigen. Finanzierbar ist das und muss es sein. Einmal, weil es ein Teil unseres Kunstschatzes der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist, denn Klimt ist mit Schiele und Kokoschka zusammen der bedeutendste bildende Künstler dieser Zeit – das ist die eine Dimension und deswegen in der vorjährigen Ausstellung im Belvedere, die mit einer Kunstspur durchwoben war, haben die Bilder von Klimt eine ganz wichtige Rolle bei dieser Kunstspur gespielt, das muss einen Grund gehabt haben. Aber viel wichtiger scheint mir etwas anderes zu sein: In der Person der Gemalten, Adele Bloch-Bauer, wird ein Stück unserer Vergangenheit Wirklichkeit, eine Vergangenheit, die im wahrsten Sinne des Wortes umgebracht wurde durch die Nazi-Herrschaft und damit bekommt es eine ganz andere Dimension, nämlich die, dass nicht auf diese Weise

das Hitler-Regime auch noch heute negative Schatten wirft und das ist die historische, die politische, aber auch die Image-Komponente dieser Sache, hier vermischt sich Kunst, Geschichte, Politik, Identität in ein Ganzes und daher muss es, nicht nur kann es, muss es zurückgekauft werden. Die Regierung hätte das schon lange tun können, hat es nicht getan, muss daher den ersten großen Schritt machen, damit man dann von privater Seite, der Wirtschaft, private Stiftungen einen unterstützenden Beitrag leistet.

REDAKTION:

Jetzt muss man ja bei aller Diskussion trotzdem dieser Regierung zu Gute halten, dass sie dieses Gesetz, das Restitutionsgesetz, verabschiedet hat. War das früher, zum Beispiel zu Ihrer Zeit, nicht möglich oder war das damals kein Thema?

DR. HANNES ANDROSCH:

In meiner Zeit, ich habe das selber unterschrieben und umgesetzt, hat man das Kunst- und Kulturgut-Bereinigungsgesetz 71 geschaffen und umgesetzt und nur klägliche Reste waren dann noch als Reste vorhanden. Fragen stellen sich dann, wenn sie sich stellen, diese Frage hat sich später gestellt, es hat sich auch die Waldheim-Frage später gestellt, aber es gibt hier eine durchgehende Linie von dem Wahlplakat des damaligen Bundeskanzlers Klaus „Ein echter Österreicher“ über Waldheim bis Ortstafeln und zur Behandlung dieser Frage unter Druck hat man zwar das Gesetz gemacht, aber nach dem Motto: Wir werden es schon nicht anwenden. Das ist ein unerträglicher Zustand und das ist zu schädlich für unser eigenes Verständnis, für unser Image in der Welt, das nicht das beste aus genau diesen Gründen ist und deswegen vermischt sich hier die Frage, von Erhaltung des Kunstschatzes, der Identität mit der politischen und der Image-Frage im historischen Kontext, das, was der Stefan Zweig beschrieben hat in seiner Autobiografie „Die Welt von gestern“, die auch unsere heute ist und morgen sein soll, aber in einem besseren Sinn.

REDAKTION:

Gehen wir mal von dem Ist-Zustand aus. Das Schiedsgericht hat eine Entscheidung getroffen, die ist zu respektieren. Was kann man jetzt tun? Wir wollen es zurückhaben. Sie haben auch ein Lösungsmodell angedacht. Wie sieht denn das konkret aus?

DR. HANNES ANDROSCH:

Also erst einmal kann man vergangenen Dienstag nicht sagen, es ist kein Geld in der Bundeslade, in der Staatskasse, wenn am Tag vorher großlippig der Finanzminister verkündete, dass er 900 Millionen mehr Einnahmen hatte, mit denen er nicht gerechnet hat und die haben wir gezahlt. Also ist schon einmal aus diesem Grund das Geld vorhanden. Zweitens ist die Republik erfreulicherweise – und das ist das Werk von Jahrzehnten und nicht von kürzlichen Aktivitäten – kreditwürdig und kann es sich ausborgen, auf 7 oder auf 50 Jahre, auf welche Zeit auch immer. Das ist Sache des Finanzministers, mir fällt nur auf, der Finanzminister ist verschollen, die Frau Außenministerin ist verschollen, der Bundeskanzler ist verschollen, also man will schon langsam Abgängigkeitsanzeigen machen, wo in heiklen Fragen unsere zuständigen Regierungsmitglieder sind. Also ein Ausdruck von Zivilcourage ist das allemal nicht, in wichtigen Fragen zu verschwinden. Also, das ist finanzierbar.

REDAKTION:

Wir haben aber angefragt. Sie hatten tatsächlich keine Zeit, aber wir sind froh, dass Sie da sind.

DR. HANNES ANDROSCH:

Ich rede nicht von jetzt hier sondern von überhaupt. Es ist finanzierbar, den größten Teil, weil das ja auch wirklich verbockt wurde, wenn nicht einmal Briefe beantwortet wurden, was dem Gebot der üblichen Höflichkeit entspricht, muss die Regierung übernehmen, das ist ohnehin unser Geld und nicht Privatgeld der zuständigen Minister und dann kann ich mir vorstellen, dass einen Teil die Wirtschaft übernimmt mit entsprechender steuerlicher Unterstützung und dass die Privatstiftungen auch einen Beitrag leisten.

REDAKTION:

Das würde aber bedeuten: Mehr Privat, weniger Staat. Ist das ein Szenario, das in der Zukunft immer tragender werden wird, wenn sich Österreicher diesen Stellenwert als Kulturnation weiter leisten will/muss?

DR. HANNES ANDROSCH:

Nicht unbedingt. Wir haben neben der höchsten Arbeitslosigkeit und der Rekordpleiten, die höchste Steuerbelastungsquote, also ist die Regierung schon auch verpflichtet, mit dem Geld, das sie da einnimmt, etwas zu tun. Ich nehme die vorjährige Ausstellung im Belvedere zu den Gedenkjubiläen, die es gegeben hat, zum Anlass. Diese Ausstellung hat ursprünglich die Regierung beschlossen gehabt, im April 2003 abgesagt und nur durch private Initiative ist diese erfolgreiche Ausstellung, wo diese Bilder hängen, zustande gekommen. Durch Privat-Initiative, bei der sich dann der Staat seiner Verpflichtung nicht mehr entziehen konnte, nicht zuletzt auch Dank der Unterstützung der Stadt Wien. Da wird das Pferd schon auch beim Schwanz aufgezümt.

REDAKTION:

Eine kurze Frage noch: Die ventilerten Steuererleichterungen – glauben Sie wirklich, dass das etwas wäre, um Sponsoren, um Spender, sage ich jetzt einmal, spendenfreudiger zu machen?

DR. HANNES ANDROSCH:

Da übernimmt natürlich indirekt der Staat und wir alle einen Teil und einen entsprechend größeren Teil die Privaten, die inzwischen zu hohen Einkommen und zu nicht unbeträchtlichen Vermögen gekommen sind, das ist eine durchaus gängige angelsächsische Praxis, die dort viel ausgeprägter ist, das nennt man heute so neudeutsch Privat-Public-Partnership, so ist ja auch die Belvedere-Ausstellung mit 310.000 Besuchern, wovon 50.000 Jugendliche waren, zustande gekommen. Nachdem der Staat sich seiner Aufgabe entzogen hat, haben Private das in die Hand genommen und den Staat wieder in seine Pflicht zurückgeholt.

REDAKTION:

Ein Thema, das uns sicher noch weiter beschäftigen wird. Hannes Androsch, ich bedanke mich ganz herzlich fürs Kommen.